Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto Dresden 1530 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 211. Sonnabend, 8. September 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 69 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: i. V.: F. Teichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Rede des Reichskanzlers in der Völkerbundsversammlung.

Genf. Die Rede des Reichskanzlers Hermann Müller in der gestrigen Nachmittagssitzung der Völkerbundsversammlung hatte folgenden Wortlaut:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bitte, mir zunächst eine Bemerkung persönlicher Art gestatten zu wollen. Es ist mir ein Bedürfnis, mein Bedauern darüber auszusprechen, daß mein verehrter Kollege, der Herr Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, der vor zwei Jahren an dieser Stelle die deutsche Mitarbeit im Völkerbund einleitete und seither als erster deutscher Delegierter im Rat und in der Bundesversammlung tätig gewesen ist, nicht auch diesmal wieder Wortführer Deutschlands sein kann. In dem Telegramm, mit dem er die freundlichen Grüße der Bundesversammlung erwidert hat, kommt zum Ausdruck, mit welcher Anteilnahme er unsere Verhandlungen verfolgt, und wie bitter er es empfindet, im Augenblick an der ihm so am Herzen liegenden Mitarbeit in Genf verhindert zu sein. Lassen Sie mich aber dabei eines sofort hinzufügen: Wenn ich in diesem Jahre hier die Auffassung des deutschen Volkes vermittele, so geschieht das in dem gleichen Geist und in dem festen Willen, in der Organisation des Völkerbundes durch offene und aufrichtige Zusammenarbeit mit den anderen Nationen auf die Erhaltung des Weltfriedens hinzuwirken und kein anderes Gesetz für die Gestaltung der internationalen Beziehungen anzuerkennen als das Gesetz der friedlichen Verständigung und des friedlichen Ausgleichs.

Der bisherige Verlauf der Debatte hat bereits deutlich erkennen lassen, welches die Fragen sind, die augenblicklich im Vordergrund der Völkerbundspolitik stehen. Sie sind von außerordentlicher Bedeutung, und ich lege deshalb Wert darauf, den grundsätzlichen Standpunkt Deutschlands dazu heute kurz darzulegen. Ich möchte ausgehen von dem großen internationalen Ereignis, das sich vor kurzem in Paris vollzogen hat, und das mit den Zielen, die wir hier in Genf zu verfolgen haben, auf das engste zusammenhängt. Die Bedeutung des in Paris unterzeichneten Paktes zur Aechtung des Krieges ist von verschiedenen Vorrednern bereits in helles Licht gerückt worden. Ich kann mich ihren Ausführungen nur aus vollster Ueberzeugung anschließen. Die breiten Massen sind bei allen Völkern für die Aechtung des Krieges. Die verantwortlichen Regierungen aber dürfen in ihrer praktischen Politik nicht darüber in Zweifel sein, was es bedeutet, wenn sich die Staaten in einem feierlichen und bindenden Vertrage für alle Zukunft verpflichten, auf den Krieg als Instrument der nationalen Politik zu verzichten, und wenn sie ihn damit aus der Reihe der legitimen Mittel zur Gestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen ausstreichen.

Die Männer, auf deren weitblickende Initiative das Zustandekommen des Paktes zurückzuführen ist, haben Anspruch auf unseren aufrichtigen Dank. Es bedeutet keine Einschränkung dieses Dankes, wenn ich die beste Garantie für die Wirksamkeit des Paktes darin sehe, daß er letzten Endes nicht in willkürlichen Entschlüssen der Kabinette, sondern in dem Empfinden wurzelt, das heute durch die ganze Menschheit geht. Mehr als in allen Epochen der Geschichte werden gegenwärtig fundamentale Staatsaktionen dieser Art von den Kräften diktiert, die in den Völkern lebendig wirken. Die Welt sucht heute nach neuen Formen des internationalen Lebens, weil sie immer mehr erkennt, daß es in hohem Maße andere Faktoren sind, die heute für das Weltgeschehen bestimmend sind, weil sie sieht, daß wir die Dinge nicht mehr allein mit den Methoden zu meistern vermögen, auf deren Anwendung die frühere Politik im wesentlichen beruhte. Wenn, von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, der Staatsmann nichts anderes zu tun hat, als die in den Völkern wirkenden lebendigen Kräfte im richtigen Augenblick und in der richtigen Form zur vollen Auswirkung gelangen zu lassen, so verliert seine Aufgabe dadurch nicht an Bedeutung und auch nicht an Schwierigkeit. Seine Aufgabe fordert, daß er, im engsten Kontakt mit dem Fühlen der Völker stehend, die Zeichen der Zeit erkennt, daß er die Hindernisse beseitigt, die sich der lebendigen Entwicklung entgegensetzen, und daß er vor allem dieser Entwicklung nicht seinerseits Hindernisse bereitet. So erwarten den Staatsmann auch aus dem Pakte zur Aechtung des Krieges von selbst neue Aufgaben. Das ist kein Beweis für seine Unvollkommenheit, es ist im Gegenteil nur ein Beweis für seine Fruchtbarkeit. Die einfachste Logik führt uns zu diesen Aufgaben hin, und wenn es noch eines Beweises dafür bedürfte, daß der Pakt von Paris aus einem tiefen Bedürfnis unserer Zeit herausgewachsen ist, daß er ein organisches Glied in der gegenwärtigen Entwicklung darstellt, so würde ein solcher Beweis darin liegen, daß die neuen Aufgaben, vor die er uns stellt, sich genau decken mit den Punkten, die auf der Tagesordnung gerade dieser Bundesversammlung den ersten Rang einnehmen. Ist es uns ernst mit dem Verzicht auf eine gewaltsame Lösung von Gegensätzen zwischen den Staaten, so sind wir auch gezwungen, immer mehr darauf Bedacht zu nehmen, die Mittel für einen anderweitigen, friedlichen Ausgleich solcher Gegensätze zu finden. Ist es uns ernst mit dem Verzicht auf den Krieg, so kann das auch auf unsere Auffassung über die militärischen Machtmittel, die für den Krieg bestimmt sind, nicht ohne entscheidenden Einfluß bleiben.

Wir können mit Anerkennung auf die mühevolle Arbeit zurückblicken, die auf Grund der Beschlüsse der vorjährigen Bundesversammlung seither in dem Komitee für Schiedsgerichtsbarkeit und Sicherheit geleistet worden ist. Das Komitee hat das ihm zugewiesene weite Gebiet sorgsam durchfurcht und den Staaten mancherlei Wege gewiesen, auf denen sie neue Friedensgarantien finden können. Deutschland kann mit Genugtuung feststellen, daß es zu seinem Teil die Empfehlungen des Komitees bereits vorher durch die Verträge von Locarno, durch das System seiner Schiedsverträge und durch die Unterzeichnung der Fakultativklausel in die Wirklichkeit umgesetzt hat. Es hat an den Arbeiten des Komitees gleichwohl mit größtem Interesse teilgenommen, und es hat versucht, ein neues Element in die Verhandlungen hineinzubringen, durch Anregungen, die auf einem nach meiner Ansicht grundlegenden Gedanken beruhen. Das ist der Gedanke, daß, um die Kriegsgefahr zu beseitigen, es nicht darauf ankommt, den Krieg gegen den Krieg vorzubereiten, sondern dem Ausbruch von Feindseligkeiten vorzubeugen. Wenn wir auch hoffen dürfen, daß wir den Gefahren, denen die deutschen Anregungen und die aus ihnen hervorgegangenen Vorschläge des Komitees zu begegnen suchen, durch den Pakt von Paris sehr viel weiter entrückt sind als früher, dürfte dieser Teil der Arbeiten des Komitees doch auch heute noch die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung verdienen.

So lebhaft sich die letztjährige Völkerbundsarbeit dieser einen Seite des Problems der Friedenssicherung zuwandte, so kann doch nicht dasselbe gesagt werden von der anderen Seite des Problems, die die Unterdrückung der Kriegsmittel betrifft. Ich mache kein Hehl daraus, daß mich der Stand der Abrüstungsfrage mit ernster Sorge erfüllt. Wir stehen vor der unleugbaren Tatsache, daß die langen Beratungen hier in Genf in dieser Richtung bisher zu keinem positiven Ergebnis irgendwelcher Art geführt haben. Seit nahezu drei Jahren tagt immer wieder die Vorbereitende Abrüstungskommission. Es ist aber dabei nicht gelungen, die der Kommission überwiesenen Arbeiten ernsthaft in Angriff zu nehmen, geschweige denn zu erledigen. Wir waren nach den wichtigen Beschlüssen der vorjährigen Tagung zu der Erwartung berechtigt, daß sie endlich den Weg für die alsbaldige Erzielung praktischer Ergebnisse freimachen würden. Für eine lange umstrittenes Problem, das Verhältnis der Sicherheit zur Abrüstung, war eine Lösung gefunden, die zwischen zwei entgegengesetzten Thesen einen Ausgleich schafft und so die Gewähr für die Erzielung praktischer Resultate zu bieten schien. Auch diese Erwartung ist wieder enttäuscht worden. Der Herr Vorsitzende des Rates hat in seiner Eröffnungsrede gesagt, daß wir heute zu neuen Hoffnungen berechtigt seien, ein anderer der Herren Vorredner hat diese Hoffnungen mit dem Hinweis auf den Pakt von Paris und ferner mit dem Hinweis auf das Uebereinkommen zwischen der Königlich Großbritannischen Regierung und der französischen Regierung begründet. Ueber die Bedeutung des Paktes von Paris für die Abrüstungsfrage habe ich meinerseits bereits der gleichen Auffassung Ausdruck gegeben. Was das erwähnte Uebereinkommen angeht, so werde ich es begrüßen, wenn es sich gleichfalls als ein geeignetes Mittel zur Förderung des Abrüstungsproblems erweist. Aber die Bundesversammlung darf sich heute nicht mit der Konstituierung bloßer Hoffnungen zufrieden geben. Ich halte es für ihre dringendste Aufgabe, diejenigen Beschlüsse zu fassen, die geeignet sind, derartige Hoffnungen zu verwirklichen. Wir haben gestern unmittelbar nacheinander zwei sehr bedeutsame Reden gehört, die in der Frage der Abrüstung einen Kontrast der Auffassung zutage treten ließen, wie er schärfer kaum gedacht werden kann. Es ist der Zweck und der große Vorteil unserer Debatten, daß sie Gelegenheit geben, die verschiedenen Auffassungen kennen zu lernen, und es ist weit besser, wenn noch bestehende Gegensätze offen ausgesprochen werden, als wenn man versucht, sie in der einen oder anderen Art zu verdecken. Aber ich gestehe, daß es mich doch tief betroffen hat, von der einen Seite in ergreifenden, unmittelbar aus dem Leben genommenen Worten die Anzeichen und Gefahren einer ungehemmten Rüstungspolitik geschildert zu hören und von der anderen Seite, wenn ich recht verstanden habe, den Standpunkt vertreten zu sehen, daß dem Abrüstungsproblem vielfach eine übertriebene Bedeutung beigemessen werde, daß es also sozusagen eine Frage zweiten Ranges sei, daß es verfrüht wäre, unmittelbar praktische Resultate herbeiführen zu wollen, und daß man mit solchen Resultaten erst rechnen dürfe, wenn die einzelnen Staaten das ihnen noch fehlende Gefühl der Sicherheit gewonnen hätten. Ich hoffe, annehmen zu können, daß dieser letztere Standpunkt im Völkerbund nicht die Oberhand gewinnt. Das würde nicht möglich sein, ohne die ganzen Beschlüsse der Bundesversammlung der letzten Jahre zu verleugnen. Jedenfalls halte ich mich als Vertreter Deutschlands für berechtigt und verpflichtet, einer solchen Auffassung mit der gleichen Offenheit die entgegengesetzte gegenüber zu stellen. Es liegt auf der Hand, daß ein Land wie Deutschland, das völlig entwaffnet worden ist, den bisherigen Mißerfolg der Abrüstungsdebatten besonders stark empfindet.

Man vergegenwärtige sich doch einmal die Sachlage. Ein Volk hat durch seine Entwaffnung eine Leistung außerordentlicher Art vollbracht. Es sieht, daß es trotzdem aber aus dem geringfügigsten Anlaß von gewissen Stimmen des Auslandes mit den schwersten Verdächtigungen und Vorwürfen überschüttet und womöglich als Feind des Weltfriedens hingestellt wird. Und gleichzeitig muß es feststellen, daß andere Länder den Ausbau ihrer militärischen Machtmittel ungehemmt fortsetzen, ohne dabei einer Kritik zu begegnen. Die Entwaffnung Deutschlands darf nicht länger dastehen als der einseitige Akt der den Siegern des Weltkrieges in die Hände gegebenen Gewalt. Es muß endlich zur Erfüllung des vertraglichen Versprechens kommen, daß der Entwaffnung Deutschlands die allgemeine Abrüstung nachfolgen solle. Es muß endlich der Artikel der Satzung zur Durchführung gelangen, in dem dieses Versprechen zu einem Grundprinzip des Völkerbundes gemacht worden ist. Ob man dabei von Herabsetzung der Rüstung oder einfach von Abrüstung sprechen will, das macht, glaube ich, keinen Unterschied in der Sache selbst, bei der jedermann genau weiß, worum es sich handelt. Ich verstehe nicht, wie man daran zweifeln kann, daß ein Versagen des Völkerbundes in der Abrüstungsfrage geradezu bedrohliche Folgen haben müßte.

Es widerstrebt mir, wie gewiß jedem von uns, derartige Folgen ernsthaft in den Bereich der Möglichkeit zu ziehen. Denn der Völkerbund darf einfach an dieser Aufgabe nicht scheitern. Es darf einfach nicht dazu kommen, daß die Hoffnung der Völker auf das Herannahen einer Zeit, wo nicht mehr Bajonette und Kanonen für ihr Schicksal entscheidend sind, enttäuscht wird, daß der große Aufstieg, den die Menschheit in der Errichtung des Völkerbundes begonnen hat, sich in einen Abstieg verwandelt, der uns sicher auf ein tieferes Niveau des internationalen Leben führen würde, als es vorher bestand, weil das einmal verloren gegangene Vertrauen kaum jemals wieder zu beleben sein würde.

Ich kann nicht den Einwand gelten lassen, daß ein Problem von solcher Tragweite und Schwierigkeit nicht in Kürze gelöst werden könnte. Von der Tatsache, daß man den Besiegten des Weltkrieges gegenüber die sofortige Entwaffnung nicht für unmöglich gehalten hat, will ich dabei ganz absehen. Dagegen müßte ich betonen, daß Deutschland niemals das Bestreben gehabt hat, unerfüllbare Maximalforderungen aufzustellen. Es hat sich von vornherein mit dem Gedanken der graduellen und etappenweisen Lösung einverstanden erklärt. Daß aber für die Erreichung einer ersten Etappe die Voraussetzungen gegeben sind, kommt in der vorjährigen Resolution und in der darin bestätigten Resolution vom Jahre 1926 unzweideutig zum Ausdruck. Es kommt mithin darauf an, die Beschlüsse des Vorjahres wirksam zur Durchführung zu bringen. In der ersten Etappe kann und muß erreicht werden, daß eine fühlbare Herabsetzung des gegenwärtigen Rüstungsstandes eintritt, daß diese Herabsetzung sich auf alle Faktoren der Rüstung zu Lande, zur See und in der Luft bezieht, und daß die volle Publizität aller Rüstungselemente gewährleistet wird. Ich richte demgemäß an die Bundesversammlung das dringende Ersuchen, sich endgültig über die Einberufung einer ersten Entwaffnungskonferenz schlüssig zu werden und Vorsorge dafür zu treffen, daß die technischen Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission nunmehr unverzüglich zum Abschluß gebracht werden.

Ich habe mit großem Interesse die Ausführungen angehört, in denen vorgestern einer unserer Kollegen die Frage des Schutzes der Minoritäten behandelte. Die Anregungen, die er hinsichtlich des Verfahrens bei der Behandlung von Petitionen der Minderheiten gegeben hat, verdienen meines Erachtens unsere volle Aufmerksamkeit, und ich würde es begrüßen, wenn sie weiter verfolgt würden; denn ich halte die Fürsorge für die Minoritäten, die dem Völkerbund durch die bestehenden Verträge anvertraut worden ist, für eine wichtige Aufgabe. Der Völkerbund kann sich ihr um so freudiger widmen, als sie mit seinem allgemeinen Ziele der Erhaltung des Friedens in voller Uebereinstimmung steht. In der Tat, wenn das Minderheitenrecht von allen Beteiligten in dem Geiste zur Anwendung gebracht wird, in dem es geschaffen wurde, so kann das nur dazu beitragen, ein Bindeglied zwischen den einzelnen Staaten herzustellen und das gegenseitige Verständnis der Völker zu fördern.

Lassen Sie mich noch ein kurzes Wort über die in der Debatte gleichfalls schon mehrfach berührten wirtschaftlichen Fragen hinzufügen. Auf den Wegen, welche die Weltwirtschaftskonferenz im Jahre 1927 gezeigt hat, ist man seither dank der tatkräftigen und zielbewußten Arbeit des Wirtschaftskomitees und des beratenden Wirtschaftsausschusses ein gut Stück vorwärts gekommen. Die Bestrebungen auf Beseitigung der einem freien internationalen Warenaustausch entgegenstehenden Ein- und Ausfuhrverbote und auf planmäßige allgemeine Herabsetzung der Zolltarife haben bereits zu greifbaren Ergebnissen geführt. Die im Juli dieses Jahres in Genf von zahlreichen Staaten gezeichneten Kollektivabkommen bilden den Beweis, daß durch internationale Konferenzen von Sachverständigen vieler Staaten selbst auf so schwierigen Gebieten wie denen der Zolltarife Vereinbarungen erzielt werden können, vielleicht sogar leichter als bei Verhandlungen zwischen nur zwei Staaten.

Es scheint fast, als ob es gerade in wirtschaftlichen Fragen zur Zeit leichter sei, zu Verständigungen zu gelangen, als auf anderen Gebieten, denen der Völkerbund seine Tätigkeit widmet. Diese Verständigungsmöglichkeiten so rasch und so erschöpfend wie möglich auszunutzen, ist deshalb eine der aussichtsreichsten Unternehmungen des Völkerbundes. Die deutsche Regierung begrüßt die erzielten Erfolge auf das lebhafteste und wird auch in Zukunft an der weiteren Förderung dieser Bestrebungen des Völkerbundes nach besten Kräften arbeiten. Sie hat bereits die nötigen Vorbereitungen getroffen, um die Ratifizierung der erwähnten Abkommen in die Wege zu leiten, und gibt der aufrichtigen Hoffnung Ausdruck, daß nicht nur diese Abkommen durch Ratifizierung in einer genügend großen Zahl von Staaten in Kraft treten werden, sondern daß auch weitere wesentliche Fortschritte auf dem Wege internationaler wirtschaftlicher Verständigung in den nächsten Jahren erreicht werden. Nur wenn die Staaten wirtschaftlich nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten, wird es gelingen, die schweren Hem-

SLUB Wir führen Wissen.